

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Bundesminister Herrn Peter Altmaier  
Scharnhorststr. 34-37  
10115 Berlin

Berlin, den 13.07.2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Sorge stellen die unterzeichnenden Verbände fest, dass die Bundesregierung mitten in der Corona-Krise und einer sich abzeichnenden Rezession die Einführung einer Vorsorgepflicht für Selbständige plant. Viele Selbständige stehen aufgrund der Corona-Beschränkungen am Rand des wirtschaftlichen Abgrundes und erhalten weder Corona-Soforthilfen noch Grundsicherung. Der für September 2020 geplante Gesetzesvorschlag zur Einführung der Vorsorgepflicht für Selbständige würde zu einem Zeitpunkt erscheinen, in der viele Selbständige ihre bisherigen Rücklagen für die Altersvorsorge aufbrauchen bzw. Immobilienvermögen verwerten mussten, um eine Insolvenz abzuwenden. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen können nicht auf staatliche Unternehmensbeteiligungen hoffen. Aufgrund der deshalb erwarteten Insolvenzwelle wird die Zahl der Arbeitslosen erheblich steigen. Um einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung nicht im Keim zu ersticken, ist es wichtig, den Weg für leistungsbereite Bürger in die Selbständigkeit nicht durch überproportional hohe Sozialbeiträge zu versperren. Da die Bundesregierung bislang keine Bereitschaft zeigt, die GKV-Mindestbeiträge für Selbständige mit geringen Einkommen zu verringern, droht bei Einführung einer Vorsorgepflicht eine Belastung von über 60 Prozent der Einnahmen. Auf diesen Zusammenhang weist auch die beigefügte Online-Petition beim Deutschen Bundestag NR. 111001 hin, die von rund 60.000 Personen unterstützt wurde. Die Petition enthält folgende Forderungen:

- 1) Ausnahme von der geplanten Altersvorsorgepflicht für Bestandsselbständige und – wie bisher – für Existenzgründer in den ersten drei Jahren,
- 2) Einkommensbezogene Erhebung der GKV-Beiträge für alle Selbständigen,
- 3) Berücksichtigung auch der privaten Kosten (z. B. Miete oder Krankenkassenbeiträge) bei der Gewährung von Corona-Soforthilfen für Selbständige.

Wir bitten diese Forderungen für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland und die Interessen der über vier Millionen Selbständigen bei Ihren in dieser Krise so wichtigen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Außerdem bitten wir Sie ab Ende August 2020 um einen persönlichen Termin, um Ihnen unser Anliegen zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen



Bundesverband Direktvertrieb Deutschland e.V. (BDD)  
Jochen Clausnitzer, [clausnitzer@direktvertrieb.de](mailto:clausnitzer@direktvertrieb.de)



Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH)  
e.V. Eckhard Döpfer, [doepfer@cdh.de](mailto:doepfer@cdh.de)



Deutscher Franchise-Verband e.V. (DFV)  
Torben Leif Brodersen, [brodersen@franchiseverband.com](mailto:brodersen@franchiseverband.com)



DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV e.V.  
Judith Röder, [j.roeder@mittelstandsverbund.de](mailto:j.roeder@mittelstandsverbund.de)



Verband der Privaten Bausparkassen e.V.  
Christian König, [koenig@vdpb.de](mailto:koenig@vdpb.de)